

Gebiet, dem Schulwesen, haben die Provinzen nach der kanadischen Verfassung das ausschließliche Hoheitsrecht. Auf vielen anderen Gebieten, die einen sehr bedeutenden Einfluß auf das Leben der Menschen und auf die Sprache haben, die sie sprechen, wie z.B. vor Gericht, beim Sozial- und Gesundheitsdienst und im Kulturwesen, haben die Provinzen ebenso viel und oft mehr Autorität und Einfluß als die Bundesregierung. Darüber hinaus steht den Provinzen die Entscheidung über die Sprache innerhalb der öffentlichen Verwaltung auf Provinz- und Gemeindeebene zu, und - mit Ausnahme der Provinz Quebec - bei den Debatten der Provinzparlamente, bei deren Protokollen und Veröffentlichungen. Selbst bei der Ausbildung von Kanadiern, die eines Tages dem öffentlichen Dienst des Bundes beitreten wollen, spielen die Provinzen eine führende Rolle.

"Viele, darunter der Bundesbeauftragte für die Amtssprachen, haben empfohlen, daß wir als Nation auf die Sprachschulung der Kanadier im allgemeinen und der Jugend im besonderen erhöhtes Gewicht legen sollten, anstatt umfangreiche Einrichtungen des Bundes zur Sprachschulung der Beamten zu unterhalten....

"Wenn die Provinzregierungen die Vorstellung eines in sprachlicher Zweifelhigkeit und kultureller Vielseitigkeit geeinten Kanadas teilen, werden sie nach Ansicht der Bundesregierung auch bereit sein, als Bedingung für den Fortbestand Kanadas als ein Land anzuerkennen, daß Englisch und Französisch die Amtssprachen Kanadas sind und gleichwertigen Status im Lande haben.

Grundrechte

"Es ist unmöglich, die französischsprachigen Kanadier davon zu überzeugen, daß ganz Kanada - vom Atlantik zum Pazifik, von den USA im Süden bis zum Polarmeer im Norden - wirklich ihre Heimat ist, wenn dieser Grundsatz der Gleichwertigkeit nicht akzeptiert wird. Im Rahmen dieses Grundsatzes wird es von Provinz zu Provinz unterschiedliche Verhältnisse geben, aber in jenen Provinzen, in denen die Mehrheit Englisch spricht, müssen die Grundrechte der französischsprachigen Kanadier respektiert werden. Und ebenso müssen in der Provinz Quebec, wo die Mehrheit Französisch spricht, die Grundrechte der englischsprachigen Kanadier gewahrt werden. Ohne diesen Grundsatz von Rechtsgleichheit im Geiste und in der Tat im ganzen Lande kann es kein dauerhaftes Zusammenleben unserer beiden Volksgruppen geben. Es wird sich im Gegenteil die Tendenz des Auseinanderstrebens so verstärken, daß sie letztlich einen Niederschlag in der politischen Realität finden muß...

Unsicherheitsgefühl

"Die Bundesregierung ist sich der Tatsache wohl bewußt, daß außerhalb der Provinz Quebec nur in gewissen Teilen des Landes tatsächlich die Freiheit besteht, zwischen den Sprachen zu wählen. Diese de-facto-Situation hat zusammen mit anderen Faktoren unter den französischsprachigen Kanadiern ein erhebliches Gefühl der Unsicherheit bezüglich der Zukunft der französischen Sprache in der Provinz Quebec wie in Kanada im allgemeinen hervorgebracht.

"Aus Prinzip ist die Bundesregierung eine starke Befürworterin einer Politik, die englischsprachigen Kanadiern überall dort in Kanada, wo es vernünftigerweise durchführbar ist, die Wahl gibt, ihre Kinder entweder zu einer englischen oder zu einer französischen Schule zu schicken. Ähnlich sollten auch französischsprachige Kanadier dieselbe Wahl unter denselben Bedingungen haben.

"Es ist inakzeptabel, daß Kanadier in Kanada entweder durch Mangel an geeigneten Einrichtungen oder durch Gesetzeskraft um ihr Recht gebracht werden sollten, ihre Kinder in die öffentliche oder private Schule ihrer Wahl oder wenigstens auf eine Schule jener offiziellen Sprachgruppe zu schicken, der sie angehören. Maßnahmen in Quebec mit dem Ziel, Eltern französischer Abstammung zu zwingen, ihre Kinder

(Schluß auf Seite 6)